

VORWORT

Der Juli 2020 – Ein „Sommerloch“ sieht anders aus

Drohmail-Affäre – Rücktritt LPP Udo Münch –
Opernplatzkrawalle – Sondersitzung Innenausschuss

Das gewöhnliche Sommerloch in der medialen Berichterstattung fiel in diesem Jahr, zumindest in Hessen, aus. Es gab genügend Anlässe, mit denen die Medien die Schlagzeilen füllten und die Presse- und Öffentlichkeitsabteilungen der GdP in Hessen wie im Bund enorm gefordert wurden. Es waren in der Tat turbulente Zeiten für die Polizei. Aber alles der Reihe nach.

Drohmailaffäre:

Nachdem bereits in 2018 die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz Drohmails gegen ihr Leben erhalten hatte und unmittelbar zuvor ihre persönlichen Daten von einem Polizeicomputer abgerufen wurden, ereigneten sich erneut zwei unberechtigte Datenabfragen von einem Polizeicomputer. Es wurden die persönlichen Daten der Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag, Janine Wissler, und die Daten der Berliner Kabarettistin Idil Baydar abgefragt und danach unmittelbar Drohmails gegen ihr Leben versendet.

Straftaten, die gerade in der momentanen Diskussion um Rechtsextremismus in der Polizei geeignet sind, die gesamte hessische Polizei zu diskreditieren. Die Vorwürfe, es gebe wohl doch rechtsextreme Netzwerke innerhalb der hessischen Polizei, werden durch solche Taten in der öffentlichen Darstellung befeuert. Auch die Tatsache, dass die Polizei bisher bei den ohne Zweifel ungemein schwierigen Ermittlungen noch keinen Erfolg hatte, werden von der Presse zwischenzeitlich schon als „Kartell des Schweigens“ dargestellt. Die Frankfurter Rundschau vom 11. Juli 2020 dazu in ihrem Leitartikel: „Rechtsextremismus bei der Polizei: Im Schutz des Schweigekartells. Bei vielen Polizisten scheint Corpsgeist stärker ausgeprägt zu sein als der Wille, national-



Landesvorsitzender Andreas Grün

sozialistische Umtriebe in den eigenen Reihen zu stoppen. Das muss sich radikal ändern.“ Momentan erfahren wir bei der Berichterstattung eine aggressive Emotionalisierung. Ganz gleich, ob man die Fakten kognitiv nicht sehen kann und emotional nicht sehen will. Natürlich liefert die Polizei innerhalb der Organisation die Anlässe zur kritischen Berichterstattung. Investigativer Journalismus und die Kontrolle durch die Parlamente und Gerichte gehören zum Selbstverständnis der Polizei im Rechtsstaat.

Dennoch lasten die illegalen Abfragen von Polizeicomputern und das anschließende Versenden von Drohmails, von wo auch immer, enorm auf dem Rücken der rund 15.000 unbescholtenen Polizistinnen und Polizisten. Sie sind es, die jeden Tag trotz zunehmender Anfeindungen und Gewalt gegen sie, die Bürgerinnen und Bürger, schüt-

zen. Gerade auch für all diese unbescholtenen Polizistinnen und Polizisten erheben wir als Gewerkschaft der Polizei in diesen Tagen unsere Stimme. Wir wissen und spüren das kollektive Unbehagen in der Truppe. Ein Unbehagen, das einige wenige in extrem konzentrierter Form auf die gesamte Polizei übertragen haben.

Dennoch haben wir einen klaren demokratischen und rechtsstaatlichen Kompass. Wir decken keine Straftäter innerhalb der Polizei. Schon gar nicht solche, welche durch extremistische oder rassistische Taten die gesamte Polizei erheblich beschädigen. Solche Personen haben in der Polizei nichts zu suchen. Bei der Aufklärung werden wir deshalb nichts unversucht lassen, um diese extremistischen Straftäter zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen.

Rücktritt Udo Münch

In diese schon ohnehin schwierige Lage platze noch der Rücktritt von Landespolizeipräsidenten Udo Münch. Losgelöst von der Frage, wer für was wirklich verantwortlich ist, war dies in der öffentlichen Wahrnehmung ein weiterer Schlag ins Kontor einer angeschlagenen Polizei. Der Rücktritt ist für die allermeisten Polizistinnen und Polizisten nur schwer nachvollziehbar. Udo Münch war ein akribisch arbeitender Landespolizeipräsident, der die Aufklärung der NSU-2.0-Affäre zur Chefsache gemacht hatte. Ich habe in den letzten Monaten kein Gespräch mit Udo Münch geführt, in dem es nicht immer wieder um dieses Thema ging. Der Aufklärungswille quoll ihm förmlich aus jeder Pore. Eine Nachricht mit dieser politischen wie ermittlungsrelevanten Brisanz vier Monate unterdrückt oder vergessen zu haben, ist rational nicht erklärbar.

Im Zusammenhang mit den Schuldzuweisungen, wer welche Meldewege nicht eingehalten hat, war die harsche Kritik des Ministers an der LKA-Leitung nicht geeignet, in schwieriger Zeit verloren gegangenes Ver-



trauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugewinnen.

Krawalle am Opernplatz in Frankfurt

Die Bilder eines gewalttätigen Mobs, der in hochaggressiver Art und Weise Gewalt gegen die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen ausübt, haben uns betroffen, wütend und auch nachdenklich gemacht. Insbesondere die Applausstürme und das frenetische Beklatschen von Treffern, wenn Flaschen Polizisten oder Polizeifahrzeuge getroffen haben, sind Zeugnis einer sich radikal verändernden Grundstimmung in Teilen der Gesellschaft. Wo führt das alles noch hin? Was passiert da gerade in unserer Gesellschaft? Welche Verantwortlichkeiten gibt es dafür?

Die Krawalle vom Opernplatz in Frankfurt haben gezeigt, dass die Eskalation der Gewalt durch die anhaltend undifferenzierten, oftmals pauschalierten Vorwurfslagen im Zusammenhang mit Berichten über Rassismus, Polizeigewalt und der Frage nach der Existenz rechter Netzwerke zusätzlich befeuert werden. Offensichtlich sehen einige Menschen dies als eine Art Legitimation an, die Schwelle, Gewalt gegen die Polizei anzuwenden, abzusenken.

Die von Bundesinnenminister Seehofer angeregte Studie über Gewalt gegen die Polizei ist nicht das, was die Polizei in dieser Stunde braucht. Es gibt vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) mehrere bundesweite Studien zu diesem Thema. Wir erheben seit 2009 die Fallzahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) bundesweit. Das hessische Landeskriminalamt wertet die hessischen Fallzahlen der Gewalt gegen die Polizei sehr differenziert aus.

Ich würde eine bundesweite Studie zur Berufszufriedenheit, zur Wertschätzung der täglichen Arbeit, zu den Karrierechancen, zu

der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Polizeidienst und zu den Ungerechtigkeiten bei der Besoldung durch den Föderalismus für nötig und dringend geboten halten. Das würde vielen Politikern die Augen öffnen und sie hätten dann genügend wichtige Punkte, an denen sie sich abarbeiten könnten.

Sondersitzung Innenausschuss 21. Juli 2020

Die mit dringlichen Berichtsansträgen gespickte Sondersitzung des Innenausschusses (INA) fand ein bundesweites Medieninteresse. Ganze Heerscharen von Journalisten machten sich auf in den Hessischen Landtag. Viel Neues gab es allerdings nicht zu erfahren. Die Zahl der bisher registrierten Drohmails, Faxe und Briefe wurde mit Stand 21. Juli 2020 auf insgesamt 69 beziffert. Gerade in den letzten Tagen vor der INA-Sitzung gab es eine schon fast inflationäre Steigerung. Der Innenminister wie auch der Leitende Oberstaatsanwalt, Dr. Albrecht Schreiber, beantworteten die Fragen der Mitglieder des INA, soweit dies die laufenden Ermittlungen nicht gefährdete. Die Feststellung des Innenministers aber, dass im Falle der illegalen Abfragen an Wiesbadener Polizeicomputer Monate ins Land gegangen sind, ehe eine wenigstens disziplinäre Befassung dokumentiert werden konnte, haben den Spekulationen der Oppositionsparteien Vorschub geleistet. Noch beklemmender war die Darstellung des Leitenden Oberstaatsanwaltes Dr. Schreiber, die Corona-Pandemie habe eine frühere Vernehmung verhindert.

Wenigstens hat sich in dieser INA-Sitzung die Staatsanwaltschaft einmal klar zu Wort gemeldet und Ermittlungspraktiken und die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei für Dritte verständlich dargestellt. In der Vergangenheit hat sich die Staatsanwaltschaft in diesem Ver-

fahren öffentlich weggeduckt. Deshalb ist die Rolle der Staatsanwaltschaft als Herrin des Verfahrens zu kritisieren. Erstmals Mitte Juli 2020 hat sich die Staatsanwaltschaft öffentlich in einer Pressemitteilung zum Verfahrensstand geäußert. Es wäre sicherlich hilfreich gewesen, wenn die Staatsanwaltschaft selbst sukzessive mit öffentlichen Erklärungen über den Fortgang der Ermittlungen berichtet hätte. Das hätte auch den Druck von der Polizei genommen, die selbst involviert ist und wegen der sehr schwierigen Ermittlungen nicht wirkliche Durchbrüche vermelden konnte. Es wäre dann aber in der öffentlichen Wahrnehmung nicht immer die Polizei gewesen, die sich als Betroffene selbst erklären muss.

Abschließend muss festgestellt werden, dass wir dringend eine Versachlichung der Debatte und eine größere Rückendeckung durch die Verantwortlichen in der Politik brauchen. Das ständige erneuern und befeuern von wenig belastbaren Ressentiments gegen die Polizei muss einer sachlichen und durchrecherchierten Berichtserstattung weichen.

Der von Innenminister Peter Beuth vorgestellte „Maßnahmenkatalog“ geht aber nicht in diese Richtung. Er ist vielmehr Ausdruck von Misstrauen, denn er suggeriert und verstärkt mit restriktiven wie repressiven Anordnungen, den im Raume stehenden Generalverdacht. Deshalb brauchen wir umso mehr eine schnelle Aufklärung der in Rede stehenden Fälle, welche die Polizei so sehr und schon viel zu lange belasten. Daran wollen wir alle, soweit wir das können, mithelfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seid selbstbewusst und lasst euch nicht verunsichern – wir haben nichts zu verheimlichen. Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger sehen das auch ganz genauso.

Glück auf und kollegiale Grüße
Euer Andreas Grün

DP – Deutsche Polizei

Hessen

Geschäftsstelle

Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion

Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



Roland Ullmann zum neuen Landespolizeipräsidenten ernannt

Am 17. Juli 2020 wurde Roland Ullmann, ehemaliger Polizeipräsident vom Polizeipräsidium Südosthessen, zum neuen Landespolizeipräsidenten ernannt. Er tritt damit in diesen bewegten Zeiten die Nachfolge von Udo Münch an, der auf eigenen Wunsch in den einstweiligen Ruhestand trat.

Mit Roland Ullmann verliert das Polizeipräsidium Südosthessen einen Polizeipräsidenten, der den Beruf von Grund auf gelernt hat, und mit einer großen Erfahrung sowohl bei der Schutzpolizei als auch bei der Kriminalpolizei aufwarten kann. Der 62-jährige stammt aus dem Main-Kin-

zig-Kreis und war sowohl im Personalrat als auch im Austausch mit der GdP als fairer, vertrauenswürdiger und stets gut informierter Gesprächspartner bekannt. Sein Name wird, auch wenn er nun nicht mehr selbst dort einziehen wird, immer mit dem Neubau des Polizeipräsidioms in Offenbach in Verbindung gebracht werden, der spürbar seine Herzensangelegenheit war.

Wir wünschen Roland Ullmann alles Gute für seinen weiteren Werdegang und viel Erfolg bei seiner neuen Tätigkeit.

Markus Hüschent



Landespolizeipräsident Roland Ullmann (links) und Innenminister Peter Beuth

KOMMENTAR

Unerträglich: Rechtsextremistische Umtriebe und deren Zuordnung zur Hessischen Polizei

Von Heinrich Bernhardt

Polizeipräsident a.D.

Derzeit vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht über rechtsextreme Bedrohungen aus den Reihen der Hessischen Polizei berichten. Ein schwerer Schlag für das Image der Polizei. Was ist da denn los?? Ist die Hessische Polizei rechtsextremistisch durchsetzt? Warum gelingt es seit Auftreten des ersten mit „NSU 2.0“ gekennzeichneten Drohschreibens gegen die Anwältin Seda Basay-Yildiz im August 2018 den beauftragten Ermittlungsstellen nicht, diese und die in der jüngsten Zeit neu hinzugekommenen Drohungen, insbesondere gegen Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der Linken im Hessischen Landtag, und die Berliner Kabarettistin Idil Baydar, zeitnah aufzuklären und die Täter festzustellen? Was haben die Ermittlungsbehörden, das LKA und die Staatsanwaltschaft, bisher unternommen? Welche Probleme sind dabei zutage getreten? Fragen über Fragen!

Im Hessischen Landtag schlagen die Wellen der Erregung hoch. Die Opposition, wie

nicht anders zu erwarten, „wetzt die Messer“ gegen Innenminister Beuth. Der wiederum sieht sich veranlasst, einen Vorwurf gegen das LKA abzufeuern: Es habe versäumt, ihn über die jüngsten Drohungen, die bereits im März 2020 bekannt geworden seien, zeitnah zu unterrichten. Eine Mitteilung jagt die andere. Ein Wirrwarr: Letztlich übernimmt Landespolizeipräsident Udo Münch die Verantwortung für die unterbliebene Information des Ministers und tritt zurück. Ob er – wie verschiedentlich kolportiert – als „Bauernopfer“ infrage kommt oder seine Entscheidung von der Einsicht geprägt war, einen Fehler gemacht zu haben, wird wohl unergründet bleiben.

Keine Frage: Es ist die Rolle der Medien, über solche Ereignisse kritisch zu berichten. Das folgt schon aus dem Grundrecht auf Pressefreiheit. Und das ist gut so. Nur so lässt sich eine plurale Meinungsbildung erreichen. Natürlich ist es auch Aufgabe der Abgeordneten, welcher Partei auch immer, bohrende Fragen zu stellen und nachdrücklich auf Aufklärung zu drängen. Wenn auch bei näherer Betrachtung mancher Abgeordneter gut beraten wäre, in seiner Wortwahl etwas zurückhaltender aufzutreten. Wer auf

andere Steine wirft, sollte bedenken, dass solche eines Tages auch zurückgeworfen werden könnten.

Wie auch immer: Rechtsextremistische Äußerungen und erst recht Drohungen – ob durch einzelne Polizisten oder gar durch eine größere Gruppe – sind unerträglich und völlig inakzeptabel. Polizeibeamtinnen und -beamte, beseelt von rechtsextremistischem Gedankengut, sollte solches festgestellt werden, haben keinen Platz in der Polizei. Ihr verdecktes Auftreten und ihre bisher nicht aufgeklärten Taten schaden dem Ansehen der Polizei und wirken sich auf deren alltägliches Einschreiten aus. Andere Kräfte nutzen solche Berichte vermehrt, um einschreitende Beamtinnen und Beamte mit Vorwürfen und Vorhaltungen zu überziehen und diese zu verunsichern. Dies ist schon aus Gründen der rechtsstaatlichen Aufgabenwahrnehmung der Polizei in keiner Weise hinnehmbar. Umso mehr bedarf es aller Anstrengungen, um die Täter aus ihrer Deckung herauszuholen und damit den immer wieder auftauchenden Mutmaßungen entgegenzutreten, in der Hessischen Polizei bestünden rechtsextremistische Strukturen. Leider fehlt es aus den Reihen der Polizei an



Foto: Heinrich Bernhardt

Heinrich Bernhardt

Hinweisen darauf, wer möglicherweise mit rechtem Gedankengut spielt. Ohne auf ein entsprechendes Denunziantentum hinwirken zu wollen, wäre es zu begrüßen, wenn sich Kolleginnen und Kollegen bei Bekanntwerden solcher Indizien ihren Vorgesetzten offenbaren würden. Schon allein deshalb, um der Annahme, in der Polizei herrsche ein „Code of Silence“ (so u. a. Prof. Rafael Behr), jegliche Grundlage zu nehmen. Wie auch immer: Pauschale Anwürfe, in der Polizei herrschten rechtsextreme Strukturen vor, haben unsere Kolleginnen und Kollegen nicht ansatzweise verdient. Auch für sie gilt die Unschuldsumutung, solange das Gegenteil nicht bewiesen ist. Und sie haben Anspruch darauf, dass sich ihr oberster Dienstherr mit ganzer Kraft hinter sie stellt und alles dafür unternimmt, nicht nur ihr Ansehen aufrechtzuerhalten, sondern auch ihre Aufgabenwahrnehmung zu stärken.

Damit sind wir bei einem Dollpunkt.¹ Bis dato fehlt es an jeglicher nachvollziehbarer Transparenz über das, was seitens der Innenbehörde und der Staatsanwaltschaft in dieser Causa unternommen worden ist. Abgeordnete, Bürgerinnen und Bürger und vor allem Polizeibeamtinnen und -beam-

te möchten endlich wissen, was bisher inhaltlich getan wurde, um das Phänomen der rechtsextremistischen Bedrohungen aufzuklären und welche Probleme dabei aufgetreten sind. Die interne und externe Öffentlichkeitsarbeit ist erkennbar defizitär. Bei gutem Willen sollte es dem Innenministerium im Benehmen mit der zuständigen Staatsanwaltschaft doch gelingen, einen Weg zu finden, die Fakten auf den Tisch zu legen, ohne damit den angestrebten Ermittlungserfolg zu gefährden. Gleichermaßen wird erwartet, dass Verfahren gefunden werden, die verhindern, dass weitere unberechtigte und unerkannte Abfragen von sensiblen Daten in den Auskunftssystemen der Polizei stattfinden. Die seitens des Innenministeriums beabsichtigte Vergabe neuer Passwörter an alle Beamtinnen und Beamten und die erneute Verschärfung der Zugriffsregelungen erscheinen wenig zielführend. Dagegen spricht die Realisierung der Idee von Andreas Grün, unserem Landesvorsitzenden der GdP, jeden Zugriff auf solche Datensammlungen von der Eingabe eines Fingerprints abhängig zu machen, wie dies bei den meisten Smartphones schon gebräuchlich ist, mehr Wirksamkeit. Denkbar erscheint es

auch, alle Datenabfragen – ob berechtigt oder unberechtigt – einer automatischen Gesichtserkennung mit automatischer Speicherung zu unterziehen. Bei Abwägung aller Aspekte des Für und Wider sollten zu beachtenden Mitbestimmungsregelungen und Datenschutzhindernisse keine ernsthaften Hürden darstellen.

Ungeachtet dessen erscheint es angeraten, von höchster Stelle aus alle polizeilichen Ebenen der Vorgesetztenhierarchie zu ermuntern, in einem bestimmten Turnus immer wieder mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gespräche zu führen, um dabei persönliche Wertvorstellungen zu unserer Verfassung, zum Polizeidienst und zu den zu bewältigenden Aufgaben zutage zu fördern. Auf diese Weise könnten möglicherweise Hinweise auf unverträgliche Rollenvorstellungen der Kolleginnen und Kollegen offenkundig werden, die der Korrektur bedürfen und denen mit Nachdruck entgegenzutreten ist.

Nichts ist unlösbar, man muss nur wollen!

(Stand 17. Juli 2020)

¹ Anmerkung der Red.: von jemandem immer wieder aufgegriffenes Thema, umstrittener Punkt

INTERVIEW

COP und POC

Markus Hüschenbett

Durch die Black-Lives-Matter-Bewegung in den USA wurde auch hierzulande eine Diskussion eröffnet, in der Polizistinnen und Polizisten oft pauschal als „rechts“ oder „Nazi“ abgestempelt wurden, und das obwohl die historischen und aktuellen Gegebenheiten in den USA sicherlich nicht vergleichbar sind. Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich zu Unrecht pauschal verdächtigt, speziell wo der Anteil derjenigen in der Kollegenschaft mit Migrationshintergrund seit Jahren wächst.

Jemand, der dazu sehr viel berichten kann, ist **Artie Abercrombie**, Jahrgang 1969, selbst POC (Person of color, positiv konnotierter Begriff für nicht weiße Men-

schen), seit 1987 bei der Polizei Hessen und ebenso lang in der GdP, Schutzmanns-Urgestein aus dem Main-Kinzig-Kreis. Ein echter Weltbürger, sein Vater ist Afro-Amerikaner, seine Mutter Deutsche aus dem ehemaligen Mähren, er hat aber auch indianische Wurzeln, und der Familienname stammt aus Schottland (mit eigenem Kilt-Muster). Er bezeichnet sich selbst als schwarz.

M.H.: Hallo Artie. Vielen Dank für deine Bereitschaft zum Interview. Das ist ja doch ein sehr persönliches Thema. Was hat dich in den 80ern bewogen, zur Polizei Hessen zu gehen?

A.A.: Mein Onkel war Polizist beim 3. Revier in Offenbach, der hat immer viel von dem Beruf erzählt, da habe ich gedacht: Polizist will ich auch gerne werden. Ich habe einen deutschen und einen amerikanischen Pass, also kein Problem. Es war meine einzige Bewerbung. Den Test habe ich bestanden und konnte am 1. April 1987 in Kassel anfangen.

M.H.: Wie war die Situation damals?

A.A.: Ich fand's nicht schlecht damals. Wir waren kaserniert in Kassel, da gab es einen großen Zusammenhalt untereinander. Wir waren der letzte Zug mit ausschließlich Männern, nur Realschüler, fast alle im gleichen Alter. Es gab nie Probleme.

M.H.: Wie hat sich die Situation bis heute verändert?

A.A.: Aus Erzählungen mit Praktikanten höre ich, dass heute viele PK-A „Einzelkämpfer“ sind. Jeder geht nach dem Unterricht seiner Wege. Wir haben damals zusammen gelernt, Sport gemacht, in der Kantine gegessen. Das schweißt zusammen.

M.H.: Warst du denn zu dem Zeitpunkt der einzige Schwarze in der Ausbildung?

A.A.: Damals war ich der einzige in der Hundertschaft (10 Züge). Ein halbes Jahr später



» Momentan wird versucht, die Polizei böse in Misskredit zu bringen

kam ein Kollege, der einen französischen Vater hatte.

M.H.: Hat sich das irgendwie ausgewirkt?

A.A.: Von den Klassenkameraden her gar nicht, da gab es keine Probleme. Ich hatte aber mal einen Ausbilder, der hatte ein paar Spezis, die er loswerden wollte, der hat gesagt: „Sie kann ich nicht rausschmeißen, da würde es nur Probleme geben.“ Also dass er mich nicht rauswerfen kann, weil ich farbige bin. Mir sind aber sonst keine abwertenden Äußerungen zu Ohren gekommen, zumindest nicht in meiner Anwesenheit. Auch später nicht. Klar kam auch mal ein flapsiger Spruch, aber man weiß ja, woher das kommt.

In der Realschule kamen schon mal Sprüche wie „Negerkuss“ oder „Mohrenkopf“, aber nicht böse, wie Kinder nun mal sind.

M.H.: Welche Erlebnisse hattest du mit Bürgern in der Richtung? Kommen da Sprüche?

A.A.: Vor Jahren hatte ich mal ein Erlebnis bei einem Fußballspiel bei den Offenbacher Kickers. Ein besoffener Hooligan fragte: „Haben die jetzt auch schon Schwarze bei der Polizei?“ Oder als ich mich im privaten Bereich als Polizist vorstellte, glaubten die erst, ich sei bei der US-Militärpolizei. Viele verwechseln mich auch optisch. Ich wurde am Flughafen schon von Indern auf indisch angesprochen oder auch von Marokkanern auf marokkanisch. Vermutlich weil ich nicht ganz schwarz bin, können manche das nicht einordnen.

Dienstlich hat mich ein ausländischer Festgenommener als „Scheiß Neger“ bezeichnet, dass Verfahren läuft noch. Von einem Russen wurde ich als „Nazi“ beschimpft. Bei Diensten am Flughafen wurden meine Kollegen und ich regelmäßig als „Nazis“ beschimpft. Ich sag dann: „Mein Vater ist Amerikaner, meine Mutter ist deutsche Vertriebene, was wollt ihr denn? Ich habe mit dem Deutschen Reich nichts zu tun.“

M.H.: Stichwort Racial Profiling: Hast du den Eindruck, von der hessischen Polizei werden bestimmte Bevölkerungsgruppen mehr kontrolliert als andere?

A.A.: Wenn ich nachts um 3 Uhr Kontrollen mache, sind erfahrungsgemäß nicht re-

präsentativ die gleichen Menschen unterwegs wie tagsüber. Ich kriege dann gesagt: „Sie kontrollieren mich nur, weil ich Ausländer bin.“ Ich sage dann: „Na und, sehe ich aus wie ein Deutscher?“ Das ist mittlerweile so ein Standardspruch, die hauen den raus, egal welcher Polizist kommt. Die Kontrollierten sehen da oft nur die Uniform und nehmen den Menschen darin automatisch als Deutschen war, z. B. auch bei einem Kollegen von mir, der Türke ist. Die sind dann teilweise erstaunt, wenn die auf Türkisch etwas Beleidigendes sagen, und der Kollege dann auf Türkisch antwortet.

M.H.: Wie erlebst du die die aktuellen Rassismus-Vorwürfe gegen die Polizei?

A.A.: Meiner Meinung nach sind das Einzelfälle. Ich persönlich bin, wenn ich privat unterwegs bin, auch in Offenbach oder Frankfurt, nicht kontrolliert worden. Vielleicht gibt es auch welche, die provozieren, um sich hinterher wieder beschweren zu können.

Wir sitzen mit den Kollegen nicht da und überlegen, welche Bevölkerungsgruppe wir jetzt kontrollieren. Wir machen eine normale Kontrolle, wir kontrollieren, was uns auffällt. Da spielt viel polizeiliche Erfahrung rein. Und in bestimmten Bereichen der Stadt wohnen eben große Teile von einzelnen Bevölkerungsgruppen, sollen wir die dann nicht kontrollieren?

M.H.: Hast Du Bezug zu den USA? Wo würdest du Unterschiede sehen?

A.A.: Da sind Welten dazwischen. Fast alle, die bei der Polizei sind, waren vorher bei der Army. Es ist wichtig, vorher in der Armee gedient zu haben. Die Ausbildung ist sehr kurz, teilweise nur sechs Monate. Klar, dass das nicht so viel Stoff umfassen kann wie eine mehrjährige Ausbildung. Die polizeiliche Vorgehensweise ist in einem Land, wo nahezu jeder eine Waffe bei sich tragen kann, natürlich auch anders. Wir haben bei der Polizei in Hessen eine ganz andere Bildung, ganz andere Eingriffsbefugnisse. Nach 25 Jahren gehen die Polizisten in den USA oder anderen Ländern in Ruhestand. Die Polizisten haben oftmals Nebenjobs wie viele in den USA, wo sie nebenbei arbeiten.

M.H.: Was möchtest du noch mitteilen?

A.B.: Momentan wird versucht, die Polizei böse in Misskredit zu bringen. Gerade die, die am lautesten über die Polizei schimpfen, haben oft viel Dreck am Stecken. Ein Kollege wollte sich neulich nur etwas zu essen holen, da hat ihn jemand ständig provoziert und dabei das Handy an. Alles nur, damit der Kollege eventuell wütend reagiert, was nicht passiert ist, und um die Polizei dann im Internet lächerlich zu machen. Es gibt auch eine große Sensationslust, bei jeder Situation wird gleich das Handy rausgeholt, ob bei Unfällen oder polizeilichem Einschreiten. Gaffer sind ein großes Problem.

Außerdem stelle ich immer mehr fest, dass Leute mir als Polizist erklären wollen, wie ich meine Arbeit zu machen habe, weil sie das im Fernsehen gesehen hätten. Ich sag denen dann, dass ich das so mache wie es im Gesetz steht, nicht wie das im TV inszeniert wurde. Da sind zwischen Realität und Wirklichkeit teilweise Welten.

Mir ist auch aufgefallen, wenn mich jemand zuerst als Privatmann kennenlernt statt als Polizist, sind viele offener, weil man nicht sofort in die „Schublade Polizist“ gesteckt wird. Vorurteile gibt es also auch gegen die Polizei, wenn nur die Uniform gesehen wird, nicht der Mensch dahinter. ■





ESSAY

Nachgedacht!

Auf der Straße treffen sie bei der Demonstration aufeinander. Heute anders als sonst. Auf der einen Seite stehen Demonstranten mit Fahnen und Transparenten, auf der anderen Seite Polizei. Doch diesmal ist es anders. Diesmal stehen sie sich nicht gegenüber wie sonst. Die Demonstranten in den vorderen Reihen knien auf dem Boden. Einige Polizisten ihnen gegenüber knien ebenfalls. Ein wortloses Bündnis gegen Hass und Gewalt.

„Black lives matter“ – „Schwarze Leben zählen“ – steht auf den Plakaten. Weltweiter Protest hat sich an dem Verbrechen entzündet, dass amerikanische Polizisten im Dienst begangen haben. Auch andere Polizisten verurteilen die in aller Öffentlichkeit begangene rassistische Gewalttat: Sie knien nieder und strecken ihre Polizeimarke zum Himmel, um zu zeigen, wir sind keine Rassisten.

Bilder aus den USA so gesehen vor wenigen Tagen in der Tagesschau, bei denen ich bewegt schlucken muss. So viele sehnen sich nach einem friedlichen Leben.

In einer deutschen Talkshow redet ein junger Mann darüber, wie er in unverfänglichen alltäglichen Situationen schon abge-

lehnt und angefeindet wurde, weil er dunkelhäutig ist, und er sagt: „Bevor mich jemand beurteilt, soll er mich doch erst persönlich kennenlernen, meinen Charakter, meine Ansichten.“ Er will schlicht er selbst sein dürfen. Eine Reihe von Frauen und Männern sprechen in dieser Show von ihren Rassismus-Erfahrungen.

Zwar sind die Vorfälle in den USA nicht mit der Situation in Deutschland zu vergleichen, dennoch macht mir die aktuelle Diskussion wieder erneut bewusst, was Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte leisten, die täglich für Frieden und Demokratie eintreten. Was für ein Glück das ist, dass wir Frauen und Männer haben, die sich für den Polizeidienst lange und gründlich ausbilden lassen, die sich für ihren anstrengenden und nicht ungefährlichen Einsatz innerlich und äußerlich fit halten, die in heiklen Situationen mit Augenmaß und Sachverstand reagieren und an vorderster Front aushalten, was die Demokratie und Gesellschaft erwarten (dürfen): Keinesfalls, und auch unter Druck, die eigenen Werte der Fairness zu verraten.

Demonstranten und Polizisten knien nieder.



Foto: Stephane Hetschbager / pixelio.dea

Sie teilen den Schmerz über sinnlose Gewalt und die Sehnsucht nach Frieden. Kann ich mir so etwas in Deutschland vorstellen? Wie reagieren unserer Vorgesetzten und Politiker auf solch ein politisches Statement?

Ich werde das Bild aus den USA niemals vergessen und es muss aufhören, dass jemand wegen seiner Hautfarbe verdächtigt oder bedroht wird!

Karin Schäfer

EIN CHARAKTERKOPF ALS PERSONALRAT UND GEWERKSCHAFTER

Wilfried Honecker im Alter von 76 Jahren verstorben

Am 28. Juni 2020 verstarb unser geachteter Kollege Wilfried Honecker. Nachdem die Kreisgruppe der Polizeiautobahnstation Wiesbaden erst vor genau einem Jahr den Tod von Volker Kaczmarek verkraften musste, verließ uns nun mit Wilfried ein ebenso engagierter Freund und Kollege.

Wilfried wurde 1944 geboren und war bereits seit 1963 Gewerkschaftsmitglied. Als gelernter Elektroinstallateur ging er 1965 zur Polizei. 1968 kam er zur PAsT Idstein,

war drei Jahre im Schichtdienst, gehörte zur Kradstaffel des Landes Hessen und wechselte 1971 in den Tagesdienst. Seine Schwerpunkte: Kontrollen von Schwerlastfahrzeugen und Omnibussen, Radarkontrollen und Zivilstreife.

Von Beginn an aktiv in der GdP, KG-Vorsitzender und Mitglied des BZG-Vorstands. Ab 1974 Mitglied des Personalrats, von 1978 bis 1997 Vorsitzender und Vertreter der PAS-ten im BPR des RP Darmstadt, Vorsitzender

des Übergangspersonalrats HPVka, Vorsitzender des Gesamtpersonalrats HPVka, Gewerkschaftsvertreter im HPR, später auch beim PR des PP Westhessen, nach der Pensionierung Seniorenvertreter im BZG-Vorstand.

Sein Markenzeichen war die jederzeit ruhige, ja regelrecht beängstigende Art der Gelassenheit. Er ließ seine Gesprächspartner immer alles sagen, was sie zu sagen hatten. Seine eigenen Reaktionen waren ihm

Foto: Peter Wittig



Wilfried Honecker



immer im Gesicht abzulesen. Und diese Mimik machte ihn einmalig, denn jeder wusste, was Wilfried denkt, ohne etwas zu sagen. Gesprächspartner konnten auch schon mal verzweifeln an dieser Gelassenheit. Von seinen Kolleginnen und Kollegen wurde er daher auch immer nach seinem Spitznamen gerufen: Der „Schmunzel“. Der damalige Leiter des HPVKA, Rainer Imhof von der WSP, war der Ansprechpartner des freigestellten Personalrats Wilfried Honecker. Er nannte ihn majestätisch „Seinen Admiral“.

Und in dortigen Verhandlungen war Wilfried sehr erfolgreich mit seiner bereits beschriebenen Art zu kommunizieren.

Kernige Sprüche ließen bei allen Freude aufkommen, aber auch eine gehörige Portion Respekt.

Er hat jede Gelegenheit genutzt, um für die Beschäftigten etwas zu erreichen, so zum Beispiel während der Geburtstagsfeier eines Kollegen der Kreisgruppe PAST Idstein. Dort hat er zur späteren Stunde den damaligen Finanzminister K.-H. Weimar, der anwesend war, „ins Gebet“ genommen.

Ergebnis: Weimar sagte Verbesserungen bei der Renovierung der Dienststelle zu!

Auch auf Landesebene trug Wilfried als Vertreter im Landesbezirksvorstand erheblich dazu bei, dass in Sachen Arbeitsplatz,

Funkwagen und Ausstattung einiges auf den Weg gebracht wurde.

Viele werden sich an sein Schmunzeln erinnern, hoffentlich verbunden mit persönlichen Erlebnissen mit unserem Freund und Kollegen. Seiner Ehefrau Hannelore und der Familie wünsche ich viel Kraft in der schweren Zeit.

Peter Wittig

Jubilare

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Karl Naar
Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

Wir trauern um unsere Mitglieder

Martin Scharf

Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

Botho Koch

Kreisgruppe Main-Kinzig

Walter Bindbeutel

Hans-Joachim Wietstock
Kreisgruppe Werra-Meißner

Jochim Nink

Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

Rudolf Mittag

Kreisgruppe Frankfurt

Wilfried Wagner

Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

Werner Glatz

Kreisgruppe HLKA

Hedwig Siemon

Kreisgruppe Kassel

**Wir werden den Verstorbenen
ein ehrendes Andenken bewahren!**

Anzeige

Versorgungsausgleich

Rechtsberatung in Versorgungsausgleichssachen

Schwerpunkt: Vertretung in allen Bundesländern in Verfahren zur **Rückholung des Versorgungsausgleichs wegen Tod des Expartners** – auch nach langjährigem Rentenbezug – unabhängig von einer Rentenbezugsdauer – auch vor Ablauf der hessischen Wartefrist „doppelte Bezugsdauer“ § 63 Abs. 6 HBeamtVG

Rentenberater Rudi F. Werling

Kanzlei: Güterstr. 9, 75177 Pforzheim · Tel. 07231-32871

Internet: www.va-kanzlei.de · eMail: info@va-kanzlei.de



Herzlich willkommen!

Für die Polizeipräsidien gibt es zwei besonders schöne Termine im Jahr. Februar und August sorgen meistens für Personalverstärkungen. Durch die halbjährlichen Personalzuweisungen zu den Polizeipräsidien erreichen frisch graduierte Kolleginnen und Kollegen meist auch gleich ihre Wunschbehörden. Denn zweimal im Jahr werden im Idealfall die Fehlstellen eines Präsidiums ausgeglichen. Verschiedene Ursachen sind für Personalminderungen ausschlaggebend: Kolleginnen und Kollegen wechseln zwischen den Präsidien hin und her, Pensionierungen stehen an. Außerdem kommt es an diesen beiden Terminen zu den Direktzuweisungen der Studierenden von der Hochschule für Polizei und Verwaltung. Die frisch ernannten Kommissarinnen und Kommissare werden als Ersatz für alle ausgeschiedenen Kollegen im Hessenland gemäß den Bestimmungen des geltenden Versetzungserlasses verteilt. Aufgrund der Tatsache, dass das Schuljahr in Deutschland

PP Südhessen	Christian Richter (Abt. Z)
PP Frankfurt	Jochen Zeng (12. Revier)
PP Südosthessen	Thorsten Pfeiffer (PAST Langenselbold)
PP Osthessen	Karsten Bech (Personalrat)
PP Nordhessen	Stefan Rüppel (Personalrat)
PP Mittelhessen	Harald Zwick (Personalrat)
PP Westhessen	Daniel Klimpke (Personalrat)
PZBH (LKA, HPT, HPA)	Jörg Thumann (Personalrat)
HBPP	Klaus Otto (Personalrat)

Anzeige

Schwierige Zeiten gemeinsam meistern – in einer starken GdP!

Jetzt Mitglieder werben!



#RuhepausenEinhalten



Gemeinsam machen wir gerade eine sehr schwierige Zeit durch. Viele von uns sorgen sich um die Gesundheit ihrer Familien, ihrer Kolleginnen und Kollegen und auch um die eigene Gesundheit. Durch die Corona-Krise wurden über Nacht auch viele Arbeitszeitmodelle der Hessischen Polizei verändert.

Die Personalräte der GdP versuchen, wo immer es geht, hier für Euch mit den Dienststellen tragfähige Arbeitszeitmodelle im Schicht- und Tagdienst zu finden, damit wir diese Ausnahme-situation gemeinsam durchstehen. Solltet Ihr durch die Umstellung Eurer Arbeitszeitmodelle Probleme bekommen haben, meldet Euch bei Euren GdP-Personalräten.

Tolle Verlosungsaktionen für Werber/innen und Neumitglieder sowie attraktive Prämien!




Gewerkschaft der Polizei

Hessen

GdP Hessen · Wilhelmstr. 60 a · 65183 Wiesbaden · www.gdp.de/hessen · www.facebook.com/gdphessen



-> Infos

Wir danken unseren Sponsoren:



BB Bank
Better Banking



SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



Polizei Service Gesellschaft
PSG

im Sommer endet, ist der Einstellungstermin September der größere der beiden Einstellungstermine bei der hessischen Polizei.

Die GdP möchte nun alle frisch ernannten und graduierten Kolleginnen und Kollegen herzlich in ihren neuen Wirkungsstätten willkommen heißen! Wir freuen uns auf Eure Unterstützung bei den täglichen Aufgaben des Polizeidienstes. Egal ob in den Polizeidirektionen, den regionalen Kriminalinspektionen oder in den Abteilungen E, Z und

V – der Bedarf nach mehr Personal ist überall vorhanden. Natürlich könnt ihr auch in Eurem neuen Präsidium auf die Ansprechpartner der GdP zählen!

Stellvertretend möchten wir Euch an dieser Stelle die Vorsitzenden der Bezirksgruppen nennen. Hier findet ihr jederzeit einen Ansprechpartner und den Vermittler für Eure neue Bezirksgruppe und die dazugehörenden Kreisgruppen.

Daniel Klimpke